

Leonore Gewessler, BA
 Bundesministerin

An den
 Präsident des Nationalrats
 Dr. Walter Rosenkranz
 Parlament
 1017 Wien

leonore.gewessler@bmk.gv.at
 +43 1 711 62-658000
 Radetzkystraße 2, 1030 Wien
 Österreich

Geschäftszahl: 2024-0.777.241

. Dezember 2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Lindner und weitere Abgeordnete haben am 24. Oktober 2024 unter der **Nr. 29/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Beschwerden wegen Diskriminierung und Ungleichbehandlung in Ihrem Ministerium in der XXVII. GP gerichtet.

Eingang möchte ich auf die folgenden Beantwortungen vorangegangener parlamentarischer Anfragen in der XXVII. GP hinweisen:

- Beschwerden wegen Ungleichbehandlung in Ihrem Ministerium (9752/AB) | Parlament Österreich
- Beschwerden wegen Ungleichbehandlung in Ihrem Ministerium (13670/AB) | Parlament Österreich
- Beschwerden wegen Ungleichbehandlung in Ihrem Ministerium 2023 (16917/AB) | Parlament Österreich

Darüber hinaus beantworte ich diese Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

- *Wie viele Beschwerdeverfahren vor der Gleichbehandlungskommission des Bundes gab es in Hinsicht auf potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen seitens Ihres Ressorts oder nachgelagerter Dienststellen in der XXVII. GP? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund und Ausgang des Verfahrens.*

Für Beschwerden durch Bundesbedienstete darf auf die Gleichbehandlungsberichte des Bundes gemäß § 12a Bundes-Gleichbehandlungsgesetz verwiesen werden, die unter Gleichbehandlungsberichte des Bundes - Bundeskanzleramt Österreich abrufbar sind.

Zeitraum 1.1.2024 bis 23.10.2024 (Ende der Gesetzgebungsperiode XXVII):

Jahr	Anzahl	Beschwerde- /Diskriminierungsgrund	Ausgang vor der Bundes- Gleichbehandlungskommission
2024	1	Weltanschauung und Alter	anhängig
2024	1	Weltanschauung und/oder Geschlecht	anhängig

Zu Frage 2:

- *Wie viele Fälle in der XXVII. GP sind Ihnen bekannt, in denen Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen angezeigt wurden? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.*

In keinem Fall wurde mein Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen angezeigt.

Zu den Fragen 3:

- *In wie vielen Fällen in der XXVII. GP waren Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen an Verfahren vor Gericht beteiligt? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund, sowie nach jeweiligem Gericht bzw. jeweiliger Instanz.*
- a. *In wie vielen Fällen kam es jeweils zu Verurteilungen, Freisprüchen außergerichtlichen Einigungen und welche Summen mussten jeweils als Entschädigung bzw. Strafzahlung gezahlt werden? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.*

Zeitraum 23.10.2019 bis 23.10.2024 (Ende der Gesetzgebungsperiode XXVII):

Anzahl	Beschwerde-/ Diskriminierungsgrund	ASG	BVwG
1	Geschlecht, Weltanschauung und Alter	abgeschlossen (Klage wurde abgewiesen), rechtskräftig	
1	Alter	abgeschlossen (Klage wurde abgewiesen), noch nicht rechtskräftig	
1	Geschlecht und Alter	abgeschlossen (Klage wurde abgewiesen), noch nicht rechtskräftig	
1	Geschlecht		abgeschlossen (Beschwerde wurde abgewiesen),

			rechtskräftig
1	Weltanschauung und Alter		anhängig

In keinem Fall kam es zu einer gerichtlichen Verurteilung, einem Freispruch oder einer außergerichtlichen Einigung. Es musste daher nichts bezahlt werden.

Leonore Gewessler, BA

